



Presseerklärung vom 4. Januar 1998

Kurdische Flüchtlinge in Italien: Kanthers Abschottungskonzept scharf kritisiert PRO Asyl fordert Kinkel zur Unterstützung der italienischen Initiative auf.

Feature über die „Flüchtlingswelle“

DIE WELT vom 13. Januar 1997

Frankfurter Rundschau vom 8. Januar 1997 (S. 5)

die tageszeitung vom 6. Januar 1996 – Interview mit H. Leuninger (S. 2)

Frankfurter Rundschau vom 6. Januar 1997 (S. 1)

die tageszeitung vom 3. Januar 1998

Frankfurter Rundschau vom 1. Januar 1997 (S. 2)

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL hat den Aufruf Innenminister Kanthers zum „verschärften Kampf gegen den illegalen Zuzug von Ausländern scharf kritisiert. „Die Kampagne des Innenministers bekämpft nicht die Ursachen und die Verursacher von Flucht, sondern die Opfer“, erklärte PRO ASYL-Sprecher Heiko Kauffmann am Sonntag in Frankfurt. 1998 müsse ein Sicherheitsjahr für Verfolgte und Menschenrechte und nicht für die staatliche Abschottungspolitik werden.

PRO ASYL fordert Außenminister Kinkel auf, die italienische Initiative der Einberufung einer internationalen Konferenz zur Behandlung der kurdische Frage zu unterstützen.

DIE WELT vom 13. Januar 1997

Dokument: [Herbert Leuninger Archiv 2021 - www.herbert-leuninger.net](http://www.herbert-leuninger.net)

@2021 Die Seiten über Herbert Leuninger wurden von www.gruenehelden.de im Auftrag von ProAsyl erstellt.



Kritik an Kanthers Kurden-Politik

Kohl und Prodi wollen Beschlüsse der Polizeikonferenz von Rom schnell umsetzen

Von KARL-LUDWIG GÜNSCHE

Bonn – Bundeskanzler Helmut Kohl und sein italienischer Amtskollege Romano Prodi wollen den Zustrom vor allem kurdischer Flüchtlinge zur Chefsache machen. Laut Regierungssprecher Peter Hausmann vereinbarten die Regierungschefs gestern in einem Telefonat, zur Lösung der Flüchtlingsproblematik „engsten Kontakt“ zu halten. Die bei der Konferenz der Polizeidirektoren mehrerer EU-Staaten und der Türkei in der vergangenen Woche getroffenen Absprachen sollten möglichst rasch umgesetzt werden, um die Weiterreise der nach Italien gelangten Flüchtlinge in andere Staaten zu unterbinden.

Scharfe Kritik an der Kurden-Politik von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) kam gestern von der evangelische Kirche im Rheinland und Flüchtlingsorganisationen*. Sie rügten, Kanther kriminalisiere die Kurden mit seiner Politik und betätige sich im Vorfeld des Wahlkampfes als „verbaler Brandstifter“. Sein Fraktionskollege Armin Laschet warf Kanther vor, er schüre die Angst vor einer kurdischen Flüchtlingswelle. Zur Hysterie bestehe aber kein Anlaß: In den vergangenen Tagen seien nur vier Kurden nach Deutschland gekommen, die aber ohne Probleme nach Italien zurückgeschickt werden könnten.

SPD-Europaparlamentarier Martin Schulz, der am Wochenende als erster ausländischer Politiker Kurden-Lager in Kalabrien besichtigt hatte, nahm unterdessen die italienische Regierung gegen Vorwürfe in Schutz, sie handhabe die Kontrolle der Flüchtlinge zu lasch. Die drei von ihm besuchten Lager seien streng bewacht gewesen, sagte Schulz. Die italienischen Behörden nähmen auch eine strenge Einzelfallprüfung jedes Asylbewerbers vor. Unrichtig sei die Behauptung, während des Asylverfahrens könnten die Flüchtling ungehindert in andere EU-Staaten weiterreisen. Vielmehr stünden sie während des Asylverfahrens unter Überwachung. Wenn ihr Antrag genehmigt werde, könnten sie für maximal 90 Tage in ein

Dokument: [Herbert Leuninger Archiv 2021 - www.herbert-leuninger.net](http://www.herbert-leuninger.net)

@2021 Die Seiten über Herbert Leuninger wurden von www.gruenehelden.de im Auftrag von ProAsyl erstellt.



anderes EU-Land ausreisen. Nur wenn der Asylantrag abgelehnt werde, könnten sie sich vor ihrer Abschiebung 14 Tage lang in Italien frei bewegen und dann auch in andere EU-Länder reisen. Diese Gesetzeslücke solle bis Ende Januar geschlossen werden. Bereits jetzt würden abgelehnte Asylbewerber allerdings bis zur Abschiebung weiterhin in Lagern festgehalten. Schulz kündigte an, seine Fraktion wolle im Europaparlament beantragen, die im Amsterdamer Vertrag vorgesehene Harmonisierung des EU-Asylrechts vorzuziehen. Ebenso müsse die Sicherung der Außengrenzen schon jetzt zur EU-Gemeinschaftsaufgabe werden.

* u.a. PRO ASYL

Frankfurter Rundschau 08.01.1997 Seite 5

Stoiber mahnt Kohl zu Grenzsicherung.

Bayerns Ministerpräsident sieht Kanzler in der Pflicht, gegen Kurdenzuzug vorzugehen.

MÜNCHEN, 7. Januar (ap/dpa/afp). Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hat Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert, sich persönlich für wirksame Maßnahmen gegen eine mögliche Zuwanderung kurdischer Flüchtlinge aus Italien einzusetzen. Die Bundesregierung und der Kanzler persönlich stünden in der Verpflichtung, daß Italien bis zum endgültigen Abbau der Grenzkontrollen im Frühjahr seine EU-Außengrenzen wirksam schütze, schrieb Stoiber am Mittwoch im CSU-Organ Bayernkurier.

Kohl hatte im Sommer den Wegfall der Grenzkontrollen zwischen Deutschland, Österreich und Italien zum 1. April 1998 im Rahmen des Schengener Abkommens ausgehandelt. Stoiber hatte für einen späteren Zeitpunkt plädiert. „Ich hoffe, daß man heute angesichts der jüngsten Ereignisse an der offenen Flanke der italienischen Küsten auch unsere fundierten sicherheitspolitischen Bedenken gegen den frühzeitigen Wegfall der Grenzkontrollen ... besser versteht“, schrieb Stoiber jetzt. Es sei unverantwortlich, wenn Rom Italien eher als

Dokument: [Herbert Leuninger Archiv 2021 - www.herbert-leuninger.net](http://www.herbert-leuninger.net)

@2021 Die Seiten über Herbert Leuninger wurden von www.gruenehelden.de im Auftrag von ProAsyl erstellt.



Durchgangsland für illegale Einwanderung nach Deutschland sehe.

Auch der Bonner CSU-Landesgruppenchef Michael Glos rügte, es sei unerträglich, daß Italien die Flüchtlinge „nicht festhalte“. Im ARD-Morgenmagazin sagte Glos weiter, Deutschland dürfe nicht mit hohen Unterstützungen Asylbewerbern besondere Anreize bieten.

Die Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen kündigte an, eine Aktuelle Stunde zur deutschen „Abschottungspolitik“ der Bundesregierung gegen die Flüchtlinge zu beantragen. Die Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer und Rezzo Schlauch warfen Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) vor, die Flüchtlinge als „illegale Einwanderer“ abzuqualifizieren. „Ob gewollt oder ungewollt: Mit seiner Konzeption einer ‚Festung Europa‘ steht er begrifflich in der historischen Tradition von Hermann Göring.“ Heiko Kauffmann von Pro Asyl sagte in der Debatte über die Kurdenflucht, einige Politiker nähmen es beim Kampf um die Wählergunst in Kauf, rassistische Ängste zu schüren und rechtsradikale Kräfte zu stärken.

die tageszeitung vom 6. Januar 1996 Seite 2